

 Bundesministerium
Inneres

Gerhard Karner, Mag
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.505.993

Wien, am 31. August 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Philipp Schrangl hat am 6. Juli 2022 an mich folgende gleichlautende schriftliche parlamentarische Anfragen gerichtet:

11589/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Bädern Wiens ab 2016“;

11590/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Bädern Tirols ab 2016“;

11591/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Bädern Kärntens ab 2016“;

11592/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Bädern Salzburgs ab 2016“;

11593/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Bädern Vorarlbergs ab 2016“;

11594/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Bädern Niederösterreich ab 2016“;

11595/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Bädern Burgenlands ab 2016“;

11596/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Bädern Steiermarks ab 2016“.

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4 der Anfragen 11589/J bis 11596/J:

- *Wie viele Polizeieinsätze gab es in Wiener, Tiroler, Kärntner, Salzburger, Vorarlberger, niederösterreichischen, burgenländischen und steirischen Hallen- und Freibädern?
Bitte um eine tabellarische Auflistung für die Jahre 2016 bis 2021 nach Hallen- und Freibädern.*

- *Welche und wie viele strafrechtliche Delikte wurden zur Anzeige gebracht? (Bitte um eine tabellarische Auflistung für die Jahre 2016 bis 2021 nach Hallen- und Freibädern, Bezirk, sowie die Staatszugehörigkeit der Beschuldigten)*
- *Wie viele polizeiliche Einsatzkräfte waren bei den jeweiligen Einsätzen von Nöten?*
- *Wie hoch war die Aufklärungsquote (aufgelistet nach Delikt, Bad und Jahr)?*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt. Von einer anfragebezogenen retrospektiven manuellen Auswertung und Darstellung wird auf Grund des exorbitanten Verwaltungsaufwandes und der damit einhergehenden Ressourcenbindung aus Gründen der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns Abstand genommen.

Zur Frage 5 der Anfragen 11589/J bis 11596/J:

- *Welche Präventionsmaßnahmen wurden gesetzt? Welche Projekte wurden seit dem Jahr 2016 ins Leben gerufen bzw. fortgeführt und wieviel Geld kosteten diese? Bitte um eine tabellarische Auflistung, nach Jahr, Projekt und Geldbetrag.*

Mit der BMI-Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ wird ein Community-Policing-Ansatz verfolgt. Die Initiative wurde zunächst als Probefeld in den Bezirken Eisenstadt, Mödling, Schärding und in den drei Stadtbezirken Graz-Eggenberg, Graz-Lend, Graz-Innere Stadt gestartet. Die bundesweite Ausrollung in den Landespolizeidirektionen erfolgte im Jahr 2017.

„GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ umfasst einerseits die direkte Arbeit mit Bürgerinnen und Bürgern und andererseits den Abschluss von Kooperationen, sogenannten „Sicherheitspartnerschaften“, mit Unternehmen und Institutionen.

Sicherheitskoordinatorinnen und Sicherheitskoordinatoren auf Bezirksebene und Sicherheitsbeauftragte in Polizeidienststellen sind für die Menschen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in allen Fragen der öffentlichen Sicherheit.

Durch Vernetzung und den gemeinsamen Austausch aller Akteure werden lokale aktuelle Sicherheitsanliegen angesprochen und rasche Lösungen zum Wohle der Bevölkerung erarbeitet.

Bundesland	Präventionsmaßnahmen 2016 bis 30. Juni 2022
Wien	<p>Sensibilisierung und Schulung von Bäderpersonal zum Thema „rechtzeitige Erkennung und Verhinderung von sexuellen Übergriffen“.</p> <p>Informationsblätter für Badegäste mit Hinweis auf die Gefahr von Diebstählen aus Kabinen/Kästchen in den öffentlichen Badanstalten.</p>
Vorarlberg	<p>Allgemeine Sicherheitsschulung im Schwimmbad Nenzing mit allen Vorarlberger Bademeisterinnen und Bademeistern.</p> <p>Informationskampagne bei den „Baggerlöchern Brederis“ zu Diebstählen in Schwimmbädern.</p>
Steiermark	<p>Regelmäßige und teils verstärkte Streifendienste sowie Kontaktaufnahmen mit den Bade- und Seenbetreibern bzw. dem Bäderpersonal durch örtliche Polizeibedienstete.</p> <p>„GEMEINSAM.SICHER“-Veranstaltungen betreffend Eigentumssicherung und Verhalten im Schwimmbad durch die Polizeiinspektion Köflach.</p> <p>Präventionskampagne „Sicheres Baden“, eine gemeinsame Aktion vom Zivilschutzverband Steiermark, Wasserrettung und Polizei hinsichtlich Baderegeln und richtiges Verhalten in Schwimmbädern für Jugendliche im Bezirk Liezen.</p> <p>Präventionsveranstaltungen zu den Themen „Taschen- bzw. Trickdiebstahl, Bankanschlussdelikte, Eigentumsprävention, Alkohol- und Suchtmittel sowie sexuelle Belästigungen“ in den Freibädern Frauental und Deutschlandsberg</p>
Salzburg	<p>In den letzten Jahren Vor-Ort-Beratungen, Schulungen des Bäderpersonals über Trickdiebstahl sowie Sensibilisierungen hinsichtlich sexueller Übergriffe.</p> <p>Verstärkte Bestreifung der Freibäder.</p>
Niederösterreich	<p>Beratungsgespräche mit den Badebetreibern.</p> <p>Verstärkte Streifentätigkeiten und Fußstreifen in Uniform, um eine deutliche Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls zu erreichen.</p>
Kärnten	<p>Präventionskampagne „GEMEINSAM.SICHER im Bad“.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zum Badesaisonbeginn Eigentums- (insbesondere Diebstahls-) Prävention mit den Betreibern und Angestellten der Badeanstalten. • Vor-Ort-Beratungen zum Thema „aggressives Verhalten von Badegästen“. <p>Verstärkte Streifentätigkeit in und im Bereich der Freibäder.</p>

Tirol	In Tirol sind Schwimmbäder nicht als besondere Problemzone aufgefallen. Deswegen wurden keine speziellen Präventionsschwerpunkte gesetzt.
	Zu Beginn der Badesaison Aussendung von Präventionstipps zum Thema „Taschendiebstahl in Freibädern“.
Burgenland	Veranstaltung „GEMEINSAM.SICHER am Neusiedler See“ in Podersdorf, bei der ein breites Spektrum von Sicherheitsaspekten und Präventionstipps zu Eigentumsdelikten oder Delikten gegen Leib und Leben bzw. die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung der Öffentlichkeit vermittelt wurde.

Diese Maßnahmen fanden in der Plandienstzeit statt, sodass kein zusätzlicher finanzieller Mehraufwand entstanden ist.

Gerhard Karner

